

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

Nr. 295.

Erscheint jeden Wochentag Nachmitt. 5 Uhr für den
andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf.
zweimonatlich 1 Mark 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

38. Jahrgang.

Sonntag, den 20. Dezember.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenom-
men und beträgt der Preis für die gepaltene Zeile
oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Die Woche.

Immer kürzer werden die Tage und das düstere Nebelwetter, welches sich an mehreren Tagen der verflossenen Woche einstellte, schmälerte auch in den wenigen Tagesstunden die Herrschaft des Lichtes. Das bedrückte Gemüth richtet sich aber an der Hoffnung des bald heranahenden Weihnachtsfestes auf, das neues Licht in die verdüsterten Herzen strahlt und zugleich den Wendepunkt bezeichnet, von dem an die Sonne wieder größere Macht gewinnt. Mit rastlosem Eifer arbeiteten bisher die Volksvertreter im sächsischen Landtage trotz des nahen Weihnachtsfestes an der Erledigung der ihnen gestellten Aufgaben. Von den Verhandlungen der letzten Tage war besonders die Debatte bedeutsam, welche in der ersten Kammer über die allgemeine Finanzlage stattfand, da bei dieser der Finanzminister von Könneritz die von einzelnen Kammermitgliedern bemängelten Schuldotationen warm verteidigte und vor jeder anderen Verwendung der Ueberschüsse eindringlich warnte. Der deutsche Reichstag hat dagegen bereits seine Weihnachtsferien angetreten, nachdem wider alles Erwarten die zweite Lesung des Militäretats mit großer Schnelligkeit von statten gegangen war. Eine kurze Verzögerung verursachte nur das von dem Abg. von Puttkamer-Plauth im Interesse der heimischen Schatzkammer an den Kriegsminister v. Bronsart gestellte Ansinnen, für die Armee nur noch aus inländischer Wolle gearbeitete Tücher verwenden zu lassen und der Antrag der Sozialdemokraten, für die zur Fahne einberufenen Reservisten und Landwehrlente eine Unterstützungssumme von 2150 000 Mark auszusetzen. Der preussische Kriegsminister nahm die von der Budgetkommission dem Reichstage vorgeschlagenen und von diesem fast ohne Debatte genehmigten Streichungen von 6 730 000 M. ohne erheblichen Widerspruch hin und fand nur für die schließlich ebenfalls abgelehnte Position für die Unteroffizierschule in Neubereich kräftigere Worte der Verteidigung. Die Hauptarbeit der Reichstagsabgeordneten steckte während des nun verflossenen Sessionsabschnittes in den Kommissionen, doch gelangten bisher nur die Streichinstrumente der Budgetkommission zu einer wirksamen Geltung. Die Zuckersteuervorlage, welche bis jetzt noch im deutschen Bundesrathe ruht, erhebt sich nicht zu der erwarteten und vielfach gewünschten radikalen Umänderung der ganzen Besteuerungsart. Das angeblich geplante Branntwein-Monopol entbehrt noch jeder greifbaren Gestalt. Bald nach dem Feste wird aber in der Reichshauptstadt die parlamentarische Arbeit um so lebhafter wieder losgehen, da der deutsche Bundesrath schon am 5. Januar, der Reichstag am 8. Januar wieder zusammentritt und am 15. desselben Monats auch der preussische Landtag seine Arbeiten aufnimmt.

Die deutschen Blätter Desterreichs sind hoch erfreut über die kraftvolle und verhältnismäßig erfolgreiche Geltendmachung des Deutschthums bei den Prager Stadtverordnetenwahlen. Die Deutschen der böhmischen Hauptstadt gewannen, zur größten Enttäuschung der Czechen, gleich im ersten Wahlgang ein Mandat und brachten vier andere Kandidaten zur Stichwahl. Der von dem Abg. v. Plener im böhmischen Landtage begründete Antrag in Betreff der nationalen Abgrenzung der Verwaltungs- und Gerichtsbezirke, welcher an einen Ausschuss verwiesen worden ist, machte auf die Czechen ebenfalls einen sehr peinlichen Eindruck. Am galizischen Landtage häuften sich die Angriffe gegen den österreichischen Kriegsminister Grafen Dyland, dem es die Polen nicht verzeihen können, daß er ihr Getreide für das Heer als unzutraglich erachtete und sich in der letzten Delegations-Session offen über die kläglichen Einquartierungsverhältnisse der Truppen in Galizien ausließ. Da auch in Dalmatien die verschiedenen Nationalitäten beständig im Hader liegen, wurde der Tod des ebenso klugen wie energischen Statthalters von Jovanovic als ein großer Verlust für den Staat angesehen. Der zu seinem Nachfolger ernannte General Freiherr v. Cornaro, welcher zu den ausgezeichnetsten Offizieren der österreichischen Armee zählt, wurde gleichzeitig zum kommandirenden General von Dalmatien ausersehen.

Die Mehrheit der italienischen Kammer erwies sich bisher außerordentlich gefügig, da sie der auswärtigen Politik des Grafen Robilant nicht die geringsten Hemmnisse bereite, trotzdem der neue Minister völlig in die Fußstapfen seines Vorgängers Mancini trat. Mit einer großen Stimmenmehrheit ging die Kammer auch über alle von der Opposition zu der Grundsteuervorlage eingebrachten Anträge zur Tagesordnung über und trat dann sofort in

die Einzelberathung des Gesetzentwurfs ein. Am Donnerstag hat endlich im Vatikan zu Rom die Unterzeichnung des durch die Vermittlung des Papstes vereinbarten Ausgleichs-Protokolls über die Karolinen-Angelegenheit durch den preussischen Gesandten von Schläger und den spanischen Botschafter von Molins stattgefunden.

Für die Wahl des Präsidenten der französischen Republik wird der Termin in den nächsten Tagen festgesetzt werden, da die mit der Prüfung der Kontinuitätsvorlage beauftragte Kommission ihre Arbeiten beendete und den radikalen Abgeordneten Pelletan mit der Richterstattung betraute. Die Mehrheit der Kommission beschloß, nur einen Kredit von 19 Millionen anstatt der Regierungsforderung von 75 Millionen zu beantragen, eine Frist für die Räumung Tonkins aber nicht zu stellen. Die Minorität der Kommission, deren Gutachten am Donnerstag ebenfalls in der Kammer verlesen wurde, ist aber für Bewilligung der vollen Summe und Aufrechterhaltung der Okkupation. Die Berathung, welche am Montag beginnt, dürfte mit der Annahme des Minoritätsgutachtens endigen, da das Ministerium Brisson dabei die Vertrauensfrage stellt und ein Kabinettswechsel gerade jetzt Frankreich in die größte Verwirrung stürzen könnte.

Bei dem Empfang der marokkanischen Gesandtschaft hielt die Königin-Regentin von Spanien eine Ansprache, welche einen sehr guten Eindruck machte. Trotzdem die Nachrichten von Unruhestörungen in einzelnen spanischen Provinzen sich nicht bestätigten, ist die Stellung der Regentin eine sehr schwierige. Zahlreiche Generale verlangen von dem Ministerium Sagasta den Ausschluß aller höheren Offiziere, die sich nicht gegen zur herrschenden politischen Partei bekennen, andererseits ist in den letzten Tagen die Führung der konservativen Partei aus den Händen des entschieden regierungsfreundlichen Exministers Canovas in die Hände des ehrgeizigen Robledo übergegangen.

Am 15. d. M. verlor der König Ludwig von Portugal seinen Vater, den fast siebzehnjährigen König Ferdinand, durch den Tod. Der Dahingegangene war der älteste Sohn des Herzogs Ferdinand Georg von Sachsen-Koburg-Gotha und hatte als Gemahl der ehemaligen portugiesischen Monarchin Maria da Gloria erst den Titel eines Herzogs von Braganza und dann den eines Königs von Portugal erhalten, aber nur vorübergehend für seinen minderjährigen Sohn Pedro die Regierung wirklich geführt.

Nachdem bei den englischen Parlamentswahlen den irischen Parnelliten eine höchst einflußreiche Stellung zugefallen war, traten an dieselben die Führer der konservativen und der liberalen Partei wiederholt werbend heran, doch scheint die letztere eingeschlossen, das Meistgebot zu thun. Gladstone soll zwar bisher mit Parnell nicht direkt verhandelt haben, gab aber sowohl in einem Schreiben an die Königin von England, wie in den von ihm beeinflussten liberalen Organen seine Absicht kund, daß er ein besonderes irisches Parlament in Dublin für die Berathung speziell irischer Angelegenheiten unbedenklich finde, wenn die irischen Abgeordneten nach wie vor im Reichsparlament Sitz und Stimme behalten. Mit einem solchen irischen Provinziallandtag dürften sich die Parnelliten, die eine bloße Personal-Union zwischen England und Irland anstreben, höchstens vorläufig zufrieden geben.

In einem Rundschreiben der türkischen Regierung, in welchem die von der Mehrheit der Mächte in der Konferenz angenommenen Beschlüsse zusammengefaßt wurden, hieß es, die Pforte sei stets von der Absicht geleitet gewesen, die Beschlüsse auf friedlichem Wege zur Anwendung zu bringen; sie erjuche jetzt die Mächte dringend, nicht mehr mit einer Verständigung unter einander zu zögern und eine Form der Lösung zu finden, welche derartig sei, daß sie jeder Komplikation vorbeuge. Die zu diesem Zweck zusammengetretene internationale militärische Kommission hat sich inzwischen nach dem Kriegsschauplatz verlagert, wo ihr Einschreiten um so dringlicher geworden war, als die serbische Regierung neuerdings Truppenbewegungen anordnete, welche die baldige Wiederaufnahme der Feindseligkeiten befürchteten ließen.

An den Grenzen Egyptens wird die Situation von Tag zu Tag bedenklicher, da der Aufstand im Sudan wieder aufglimmt und die Rebellen vom westlichen Nil-

ufer aus Koscheg beschließen, in welcher Stadt die ägyptische Garnison arg bedrängt ist. Dabei kann sich die englische Regierung zu keinem energischen Vorstoß entschließen, sondern hat nur Defensiv-Maßregeln angeordnet und in Kairo erklären lassen, daß sie auf eine Wiederbesetzung von Dongola verzichte. Auf diese Weise muß der Muth der sudanesischen Rebellen immer noch mehr wachsen, bis schließlich auch noch Unteregypten in ernstliche Gefahr geräth.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika steht jetzt die Silberfrage, die auch für unsere heimischen Bergwerke eine hohe Bedeutung hat, fortwährend auf der Tagesordnung. Die Unionsregierung ist entschieden für die voraussichtlich ein weiteres Sinken der Silberpreise erzeugende Suspendirung der Silberdollar-Prägung, in dessen haben die nordamerikanischen Grubenbesitzer im Senat einen so großen Einfluß, daß die Verwirklichung dieses Planes noch in weitem Felde steht. Ueber eine in Kalifornien entdeckte sozialistische Verschwörung, welche angeblich die Ermordung des Gouverneurs von Kalifornien und anderer angesehener Bürger zum Zwecke hatte, erwartet man mit Spannung einen ausführlicheren Bericht.

Tageschau.

Freiberg, den 19. Dezember.

Zur Feier des Regierungsjubiläums des Deutschen Kaisers haben die städtischen Kollegien Berlins beschloffen, die Summe von 300 000 Mark zur baulichen Erweiterung und Ausstattung der „Kaiser Wilhelm- und Augusta-Stiftung“ zu bewilligen. Außerdem soll am 3. Januar l. J. in den städtischen Anstalten Berlins eine Fest-Speisung stattfinden. Zur Feier des Regierungsjubiläums wird ferner ein großer allgemeiner Kommerz der gesamten Studentenschaft am Freitag den 8. Januar im Wintergarten des Berliner Zentrals-Hotels veranstaltet werden. — Bei dem deutschen Kronprinzen fand gestern und bei dem Kaiser heute ein Diner statt, zu welchem sämtliche Botschafter geladen waren. — Am kaiserlichen Hofe erwartet man die Ankunft des braunschweigischen Staatsministers, Grafen Fürst-Brissberg, der mit dem Generalmajor von Wachholz aus Braunschweig nach Berlin kommen will, um eine Militärkonvention zwischen Preußen und Braunschweig abzuschließen. Diese Konvention entspricht den früheren, mit anderen Bundesstaaten abgeschlossenen derartigen Uebereinkommen und liegt seit längerer Zeit fertig im Kriegsministerium. Wie das „Braunschweigische Tageblatt“ berichtet, ist bereits an die Reserve- und Landwehr-Offiziere des braunschweigischen Kontingents seitens der Bezirkskommandeure die Aufforderung ergangen, sich darüber zu erklären, ob sie in preussischen Militärdienst überzutreten gedenken, sobald die Militärkonvention mit Preußen abgeschlossen wird. — Ueber das Befinden des deutschen Reichskanzlers theilen die offiziellen „Berliner Polit. Nachrichten“ mit, daß sich dasselbe langsam, doch stetig bessert. Die Fußschmerzen, welche noch immer nicht völlig aufgehört haben, zwingen den Fürsten Bismarck, auf dem Sopha liegend zu arbeiten. — Der deutsche Bundesrath hat, wenn die „Liberale Korrespondenz“ recht unterrichtet ist, den vom deutschen Reichstag beschlossenen Gesetzentwurf über die „Pensionirung der Reichsbeamten“ einstweilen bei Seite gelegt, um abzuwarten, wie sich der Reichstag zu der Erhöhung der „Militärpensionen“ verhält. Daß der Reichstag auch diese nicht beanstandet, ist bekannt; die Majorität hat bisher nur darauf bestanden, daß gleichzeitig die Kommunalsteuerpflicht der Offiziere auch in Norddeutschland anerkannt wird. Diese Frage wird zunächst im preussischen Landtage erörtert werden. Die Konservativen wollen dort ein Gesetz beantragen, welches das Privatvermögen der Offiziere über gewisse Summen hinaus der Kommunalbesteuerung unterwirft. — Nach der dem deutschen Reichstage zugegangenen definitiven Zusammenstellung betragen die Matrikularbeiträge für 1886/87, einschließlich des Fehlbetrages des Etatsjahres 1884/85, im Ganzen 144 010 694 M., d. h. 21 573 982 M. mehr als für 1885—86. Auf Preußen kommen 73 665 000 M., auf Baiern 27 494 000 M., auf Sachsen 8 100 800 M., auf Württemberg 10 113 000 M., auf Baden 7 024 000 M., auf Hessen 2 533 000 M., auf Mecklenburg-Schwerin 1 542 000 M., auf Sachsen-Weimar 834 000 M., auf Oldenburg 909 000 M., auf Braunschweig 946 000 M., auf Anhalt 638 458 M., auf Hamburg 1 295 000 M., auf Elsaß-Lothringen 5 076 000 M. Der Rest vertheilt sich auf die übrigen kleinen Staaten.

Die Behauptung der „Nowoje Wremja“, daß der österreichische Botschafter Freiherr von Galice die Pforte zum